

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Erscheint

wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1 G. M. frei ins Haus, einschließlich der Beilage „Wort und Bild“.
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 M.
Telegraphen-Adresse: Zeitung. Fernsprecher 27



Anzeigen

werden die sechsgepaltene 8 mm hohe (Bett) Zeile oder deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Rabatte. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pfg. Verbindlichkeit für Nachb. Datumschrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen an Postkonten Frankfurt a. Main Nr. 2771.
Annahmehöhe für Offerten und Auskunft beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billigt berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzger. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzger, Spangenberg.

Nr. 13.

Sonntag, den 24. Januar 1926.

19. Jahrgang.

Ältere Menschen fangen an, sich wieder ihrer Jugendzeiten zu freuen und werden jung und lebenswürdig im Geist, wenn sie davon erzählen.

Von Woche zu Woche.

Nachbemerkungen zur Zeitgeschichte.

Die Machtbefugnisse, die die deutsche Reichsverfassung dem Reichspräsidenten gegeben hat, sind nicht gering, aber noch mehr fällt die Persönlichkeit, die das oberste Reichsamt ausübt, bei allen Entscheidungen ins Gewicht. Hindenburg hat bewiesen, daß er die ihm gegebenen Rechte zur richtigen Zeit zu gebrauchen wußte, und er hat mit kräftigem Wort die Gefahr abzumenden genützt, die aus der schon seit Wochen schleichenden Ministerkrise sich zu entwickeln drohte. Diese Gefahr war für den Kredit und das Wirtschaftsleben Deutschlands unverkennbar. Jetzt ist sie durch die Mahnworte des Präsidenten an die Führer der Reichstagsparteien beseitigt, und die neue Regierung ist unter der Führung des bisherigen Kanzlers Dr. Luther gebildet worden. Bei ihrer Zusammenlegung aus Mitgliedern der Deutschen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten ist keine Mehrheit für sie im Reichstag vorhanden, aber trotzdem eine gewisse Aussicht für eine längere Lebensdauer, da die beiden abseits liegenden Parteien der Deutschnationalen und der Sozialdemokraten nach allgemeiner Annahme es vermeiden werden, sofort eine neue Krise herbeizuführen, die schwere Verwicklungen veranlassen müßte.

Dieses zweite Reichsministerium Dr. Luther wird sich erst in der nächsten Woche im Reichstag vorstellen, so daß es hinlänglich Zeit hat, sich über sein Regierungsprogramm zu verständigen. Bezüglich der Finanzen ist die Einigung durch die Abmachungen des Damesplanes gegeben, die uns die strengste Sparsamkeit gebieten. An Wäntzen aus Amerika, uns nach der Deede zu strecken, stellt es nicht, wenn auch in Washington und in New York nicht daran gewöhnt wird, daß Deutschland imlande sein wird, seinen Verpflichtungen in diesem Jahre, wie in den nächsten nachzukommen. Milderung der Wirtschaftsnot, Herabsetzung der drückenden Steuerlasten, Preisfestung und Erwerbslosensfürsorge müssen mit der Sicherung der Finanzen Hand in Hand gehen, denn nur so kann die erforderliche Steigerung unserer Ausfuhr an Waren und industriellen Fabrikaten nach dem Umstände erzielt werden.

Der Antrag auf Eintritt des Deutschen Reiches in den Völkerbund dürfte voraussichtlich noch nicht nach Genf abgehandelt werden, weil die Verhandlungen über die Höhe der Besatzungstruppen am Rhein noch nicht abgeschlossen sind. In Deutschland wurde angenommen, daß die Zahl der fremden Truppen in den Bezirken Koblenz und Mainz nach den in Locarno gegebenen Bestimmungen Brindas auf etwa 50 000 Mann verringert werden sollte, während jetzt der Marschall noch etwa eine Armee von 75 000 Mann beansprucht. Andere Vertreter können sich unmöglich so verbört haben, daß Brindas von einer Herabsetzung der Truppenstärke nichts gesagt haben will. Es bleibt also nur die Annahme übrig, daß Marschall noch höhere Ansprüche hinterher gestellt und der Ministerpräsident Brindas diesen Forderungen nachgegeben hat. Das wären aber unhaltbare Zustände, die unbedingt beseitigt werden müßten. Wie die schließliche Entscheidung der Völkertagungskonferenz lauten wird, bleibt abzuwarten, jedenfalls müssen der deutsche Kanzler und seine Regierung auf ihrem Schein bestehen, in dieser Beziehung darf die Welt nicht getäuscht werden.

Die erste Kabinettsitzung.

Stresemann über die außenpolitische Lage.

In der ersten Sitzung des neuen Kabinetts gab, nach Vereidigung der Reichsminister Dr. Kull, Dr. Curtius und Dr. Reinhold, die bisher noch nicht im Reichsdienst tätig gewesen sind, durch den Reichskanzler, Außenminister Dr. Stresemann einen Überblick über die außenpolitische Lage. Im Anschluß daran wurde über den Stand der Wirtschaftsverhandlungen mit dem Auslande, insbesondere mit Frankreich, Bericht erstattet.

Die Feststellung der Regierungserklärung ist Gegenstand einer besonderen Sitzung des Reichskabinetts, die in den nächsten Tagen stattfindet. Wie verlautet, hat Reichskanzler Dr. Luther nicht die Absicht, eine sehr umfangreiche Erklärung über das Programm des neuen Kabinetts vor dem Reichstag abzugeben. Er wird sich im wesentlichen auf die nächsten Aufgaben der Außenpolitik, wie sie die Durchführung des Vertrages von Locarno notwendig macht, beschränken und mit einigen Worten auf die deutsche Handelspolitik zu sprechen kommen. Ueber die innerpolitischen Fragen dürfte er sich ebenfalls kurz fassen und in erster Linie darlegen, welche Stellung das neue Kabinetts zu den finanz- und sozialpolitischen Notwendigkeiten zu nehmen gedenkt, um das Ziel der Sanierung des deutschen Wirtschaftslebens zu erreichen. Für diese Kanzlerklärung rechnet das Kabinetts mit der Billigung des Reichstags.

Die Deutschnationalen zur Außenpolitik.

Ein Antrag der Reichstagsfraktion.

Die deutschnationale Fraktion hat im Reichstag einen Antrag eingebracht, demzufolge der Eintritt in den Völkerbund erst vollzogen werden soll, wenn zuvor die deutsche Auslegung des Vertrages von Locarno (sein Verzicht auf deutsches Land und Volk, Neutralität und Handlungsfreiheit Deutschlands gegenüber Artikel 16 und 17 des Völkerbundstatutes) von der Gegenseite authentisch anerkannt ist, wenn die Beschränkung der Luftfahrt und jede einseitige Militärkontrolle aufgehoben ist und eine Abrüstungskonferenz stattgefunden hat. Ferner soll zuvor das Deutschland abgepreßte Schuldenkenntnis bei allen Mächten, die den Versailler Vertrag unterzeichnet haben, mit der Forderung auf unparteiliche, internationale Untersuchung der Schuldfrage widerrufen, das Recht Deutschlands auf seine Kolonien anerkannt, der Sog der deutschen Minderheiten sichergestellt, die Kölner Zone vollständig geräumt, eine wesentliche Abfärbung der Besatzungsfristen für die zweite und dritte Zone sowie der Abfärbungsfrist für das Saargebiet rechtlich bindend gesichert, für die Zwischenzeit die Verringerung der fremden Besatzung auf den deutschen Friedensstand erreicht und schließlich eine wirksame Revision des Besatzungsregimes durchgeführt sein.

Wirtschaftspartei und Regierung.

Die Wirtschaftspartei und Regierung hat beschlossen, an der vor kurzem gefassten Entscheidung festzuhalten, wonach sie der Regierung der Mitte gegenüber sich abwartend verhalten werde; sie sehe dieser Regierung in sachlicher, aber nicht in grundsätzlicher Opposition gegenüber und behalte sich ihre Entscheidungen zu den Regierungsmaßnahmen von Fall zu Fall vor.

Russischer Willkürakt.

Verhaftung deutscher Konsularagenten im Kaukasus.

Wie jetzt erst bekannt wird, sind im vergangenen Dezember drei deutsche Konsularagenten in Batum und Poti am Schwarzen Meer und Batumi am Kaspiischen Meer unter dem Verdacht „militärischer Spionage“ verhaftet worden. Die Sowjetpolizei hat in den Räumen der betreffenden Personen neben ihrem privaten Schriftwechsel auch den amtlichen Beschlagnahmt. Die Verhafteten wurden zunächst in Tiflis gefangen gehalten und dann — angeblich zur Beschleunigung der Untersuchung — nach Moskau gebracht.

Bei den verhafteten Persönlichkeiten handelt es sich um angesehenen deutsche Kaufleute, die seit Jahren in Russland ansässig sind und selektiert von der Sowjetregierung mit der Wahrnehmung der konsularischen Befugnisse beauftragt wurden. Seit kurzem will die Sowjetregierung ihren Charakter als Konsularbeamte nicht mehr anerkennen und erklärt sie einfach für Privatpersonen. Die deutschen Botskonsuln antworten aber ruhig weiter, bis sie im Dezember plötzlich in Haft genommen wurden. Gleichzeitig wurden auch zwei deutsche Lehrer im Kaukasus verhaftet.

Die deutsche Regierung hat, sobald sie von dem Vorfalle Kenntnis erhielt, bei der Sowjetregierung wegen dieses Vorgehens der lokalen Sowjetbehörden

Protest eingelegt und Genugtuung gefordert. Die Sowjetregierung hat sich daraufhin bereit erklärt, der deutschen Regierung ihr Bedauern über das rücksichtslose Verhalten der lokalen Sowjetbehörden auszusprechen und die beschlagnahmten amtlichen Schriftstücke herauszugeben. Die deutsche Botschaft in Moskau ist im Interesse der Verhafteten tätig und um Aufklärung der einzelnen Verhaftungsgründe bemüht. Der Vorwurf militärischer Spionage ist natürlich ganz unbegründet und dient offenbar nur als Vorwand, um die deutschen Konsularbeamten aus ihren Ämtern zu entfernen.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 23. Januar 1926.

Der in Berlin wohnende Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Thomas, hat den Spitzenorganisationen der deutschen Gewerkschaften einen Besuch abgeleitet.

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ist vom sozialdemokratischen Parteiausschuß aufgefordert worden, zwischen den Sozialdemokraten und den Kommunisten zu vermitteln, um dem Volkswirtschaft über die Abfindung der Fürsten eine einheitliche Grundlage zu geben.

Der Sächsische Landtag nahm mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten einen Antrag auf Erweiterung der Almosen an.

Die Verteilung der Hauszinssteuer. Der Preussische Staatsrat hat beschlossen, daß von den 40 Prozent der Friedensmiete, die als Hauszinssteuer erhoben werden, 20 Prozent für den Wohnungsbau und 20 Prozent für Finanzzwecke Verwendung finden sollen. Die landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Gebäude sollen unter Berücksichtigung ihrer eigenartigen wirtschaftlichen Verhältnisse mit zur Steuer herangezogen werden. Das Gesetz soll am 31. März 1927 außer Kraft treten.

Um das Reichsernährungsministerium. Wie aus Münster in Westfalen berichtet wird, hat sich Regierungspräsident Dr. Haslind zu einer Ausprägung mit Reichskanzler Dr. Luther nach Berlin begeben. Dr. Haslind soll für den Posten des Reichsernährungsministers ausserhalb sein. Dr. Haslind steht dem Zentrum nahe. Dr. Luther hat sich bereits mit dem Vorstand der Zentrumsfraktion in Verbindung gesetzt und hierbei das Einverständnis des Zentrums mit dieser Regelung gefunden.

Die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland. In einer Konferenz, an der die Regierungspräsidenten von Düsseldorf, Köln, Koblenz, Trier und Moson, sowie Vertreter der verschiedenen Regierungsbezirke, der Provinz Hesse-Nassau, ferner Vertreter des preussischen Ministeriums des Innern und des Finanzministeriums, sowie des Reichswohlfahrtsamts teilnahmen, wurde eingehend die durch die industrielle Lage hervorgerufene Arbeitslosigkeit im Rheinlande und in den angrenzenden Bezirken beraten. Durch die Wirkung des Hochwassers hat die Arbeitslosigkeit noch eine erhebliche Erweiterung erfahren, jedoch beschleunigte Hilfe dringend notwendig ist. Es wurde beschlossen, ein abgekürztes Verwaltungsverfahren einzuleiten, das den einzelnen Instanzen es möglich macht, bedeutende Notstandsarbeiten sofort in Angriff zu nehmen. Von Seiten der Vertreter der Reichs- und Staatsregierung ist die nachdrücklichste Unterstützung in diesen Arbeiten zugesagt worden.

Rundschau im Auslande.

Die belgische Kammer hat mit 124 gegen 4 Stimmen bei 4 Enthaltungen die Verträge von Locarno gutgeheißen.

In französischen Regierungskreisen trägt man sich mit der Absicht, die Materialien für den geplanten Völkertag auf Reparationskonto von Deutschland zu beziehen.

Die französische Regierung stellt in Abrede, daß die Ausbeutung der Saargruben durch Frankreich einen Fehlbetrag ergeben habe, und daß über den Verkauf der Saargruben an Deutschland Verhandlungen im Gange seien.

Die Enteignung des deutschen Grundbesitzes in Polen.

Die von der polnischen Regierung betriebene „Rodenreform“ trägt einen ausgeprochenen deutschfeindlichen Charakter. Von den 7300 Hektar, die in kommerziellen mannsweise enteignet werden, entfallen 6500 Hektar auf den deutschen und nur 800 Hektar auf den polnischen Grundbesitz. In Polen ist das Verhältnis noch ungleicher. Von den 4450 zur Enteignung kommenden Hektaren sind heute 4300 in deutscher und nur 150 Hektar in polnischer Hand. Insgesamt werden im ehemals preussischen Teilgebiet 10 800 Hektar des deutschen Grundbesitzes und nur 600 des polnischen Grundbesitzes veräußert, das heißt, wie nachstafte

getern werden war, wird heute als „ideal“ bewun- dert und bestaunt.
Überall die Sucht nach „Melorden“, nach außer- stehenden Eigenschaften. Das Nebenrühliche bleibt, das gerade bei diesen „Melorden“ keine Bewunde und Ehrd- gebnisse werden, denn sonst wäre es mit all der Eitelkeiten längst am Ende. (8.)

Handelsteil.

— Berlin, den 22. Januar 1926.
Am Debitenmarkt wiederum aufsteigende Tendenz der englischen Wolle.

Am Effektenmarkt war die Haltung unverändert fest, doch blieb das Geschäft nur in mäßigen Grenzen. Am Rentenmarkt, der recht still lag, stand Kriegsanleihe zunächst auf 0,287, am schließlich wieder auf 0,282 zu liegen.

Am Produktenmarkt wurde Brotgetreide nur in kleinen Mengen gehandelt, der Weizenmarkt nur wenig lebhaft. Am Markt für Futtermittel blieben die Umsätze für alle Artikel bei gegenwärtig nicht veränderlichen Notierungen sehr klein. Debitanten fanden kaum Beachtung.

Warenumsatz.

Mittelschwere (Wahlst.) Getreide und Debitanten bei 1000 Mio. (Jan. 1925) 1000 Mio. in Reichsmark ab Station. Weizen 144-151 (145-152), Sommergerste 178-205 (184 bis 207), Futter- und Wintergerste 145-162 (148-162), Dinkel 159-170 (160-171), Mais loco Berlin — Weizenmehl 32,50-36 (32,50-36), Roggenmehl 22-24 (22,25-24,25), Weizenkleie 11,25-11,50 (11,25 bis 11,50), Roggenkleie 9,75-10,25 (9,75-10,25), Weizen 340-345 (340-345), Reis 22-25 (22-25), Viktoriaerbsen 22-25 (22-25), Futtererbsen 20-22 (20-22), Weizen 21-23 (21-23), Lupinen 18-22 (18-22), gelbe 14-15 (14 bis 15), Geradella neue 18,50-19,50 (18,50-19,50), Weizen 15,25 (15,25), Weizen 23,50-23,60 (23,50 bis 23,60), Trockenkorn 8-8,10 (8-8,10), Sojabohnen 20-20,30 (20,30-20,40), Tomaten 30-70 (30 bis 8,50 (8,20-8,50), Kartoffeln 14,70-15,20 (14,80 bis 15,30).

Magerfleisch Berlin-Friedrichsfelde.

(Amtlicher Bericht vom 22. Januar.)
Anlieferungen: 462 Rinder (darunter 456 Milch Kühe, 5 Bullen, 1 Stier Jungvieh), 81 Käber und 471 Pferde. Es wurden gezählt für das Stück:

Milchkühe und hochtragende Kühe: 1. Qualität 306 bis 500, 2. Qualität 280-360, 3. Qualität 200-300 M.
Tragende Färsen: 1. Qualität 250-390, 2. Qualität 160-230 M.

Junavieh zur Mast: Bullen, Stiere und Färsen 30 bis 36 M. für 1 Zentner Lebendgewicht.
Marktverlauf: Ruhig. Preise für gute Qualitäten etwas besser.

Wiederverkauf: 1. Klasse 900-1200, 2. Klasse 600 bis 900, 3. Klasse 300-600, 4. Klasse 50-300 Mark das Stück. — Tendenz: ruhig.

Kartoffelpreise.

Keine Notiz, da wegen Frost geringes Geschäft.

Aus der Heimat

Spangenberg, den 23. Januar 1926.

Warme Schuhe sind in diesen Tagen von nicht zu unterschätzender Bedeutung für das Wohlbefinden und die Gesundheit des Körpers. Wer den größten Teil des Tages außer Haus zwingen muß, hat bei nördlichem Augenmerk auf warmes und trockenes Schuhwerk zu richten und vor allem auch darauf zu achten, daß Schuh über Stiefelsohle fest und ganz ist. Ein vorzügliches Wärmekonserveierungsmittel ist Zeitungspapier. Man schlägt den Fuß in ein paar Bögen zusammenliegendes Papier so ein, daß die Sohle in die Mitte des Papiers kommt und die Bögen zum Knöchel heraufgestreckt sind. Dazu sind Kork- oder Strohhöhlen extra zu verwenden. Ist das Papier naß geworden, so muß es unbedingt erneuert werden.

Die Verluste der Raiffeisenbank. Bekanntlich hat die Bank der Raiffeisenbank im Laufe der Jahre 1924 und 1925 infolge unvorhersehbarer Kredit- und Warengeschäfte erhebliche Verluste erlitten. Die verschiedenen Nachrichten hierüber und der kürzlich erfolgte Rücktritt des bisherigen Vorsitzenden der Bank, des Reichstagsabgeordneten Dietrich, haben die gute Meinung für die Bank nicht eben günstig beeinflusst. Heftige Vorwürfe erhob dieser Tage das „Kasseler Volksblatt“ gegen die Bank, indem es erklärte, man dürfe für die Verluste in erster Linie die industriellen Kreditgeschäfte der Bank verantwortlich machen. — Nunmehr veröffentlicht die „Berliner Börsenzeitung“ den im Auszug folgenden Artikel, der offenbar eine Erklärung der Bank darstellt, mit welcher das Vertrauen zur Raiffeisenbank gehoben werden soll. In der erwähnten Erklärung heißt es u. a.: Die Deutsche Raiffeisenbank hat allerdings Verluste erlitten, die aus Zahlungsmittelverlusten einiger außerhalb der genossenschaftlichen Geschäfte liegender Schuldner herrühren. Diese Verluste liegen an sich schon längere Zeit zurück und rühren im wesentlichen aus der Inflations- und ersten Stabilisierungszeit her. Man hatte in damaliger Zeit schon den gesunden Sinn für diese Verluste und für die Beschränkung auf die rein genossenschaftliche Kreditoperation verloren und geschloß, Gewinne für die Bank aus dem vermeintlichen Aufstieg der Wirtschaft und des Handels zu erlangen ohne daß immer die nötige Sorgfalt auf die Sicherheitsfrage verwandt wurde. So sind z. B. an den Kube- und Hermann-Konzern, an Leute (Leipzig) ohne genügende Voricht Kredite gegeben worden. Zu erinnern ist auch an die seinerzeit aufbelebenden Aufkäufe in Ostpreußen, Dampf-Kolonia-Handel. Auch der Leiharbeiter ist die Bank erheblich engagiert. Diese Verluste können sich aber auch im Höchstfalle nur in einem Ausmaß halten, die den Fortbestand der Bank nicht gefährden, zumal das genossenschaftliche Geschäft durchaus

gesund ist. Der Vorstand ist in Neubildung begriffen. Der Generaldirektor, Behmeier zu Irgat Dietrich, ist bereits zurückgetreten. An seine Stelle ist der bisherige Verbandsdirektor des Verbandes der Raiffeisenbank-Verbands für Brandenburg, Schleswig-Holstein und die Grenzmark, Regierungsrat Dr. D. Frhr. v. Braun, getreten. Es werden ferner aus dem Vorstand auscheiden Dr. Seelmann und Direktor Schwarz. Wie groß die Verluste sind, die die Bank durch eine ganz unvorhersehbare Kreditpolitik erlitten hat, läßt sich noch nicht übersehen. Es ist aber zu befürchten, daß der im Jahre 1925 erzielte Reingewinn nicht ausreicht und eine Zusammenlegung des Aktienkapitals von zurzeit 25 Millionen Mark sich nicht vermeiden lassen wird. Der einzige Stäubiger der Raiffeisenbank ist die Preussische Genossenschaftsklasse. Wie weit sich die Sanierungsnotwendigkeiten erstrecken werden, ist vorerst noch nicht abzusehen. Eine Einschränkung des Geschäftes der Warenhandelsbank wird für notwendig gehalten. Eine Gefahr für die Depositionen besteht nicht. Diese Depositionen der Genossenschaften werden zurzeit mit 30 Millionen Mark angegeben. Die Hauptschuld an den schweren Verlusten der Bank trifft das stellvertretende Vorstandsmitglied Dr. Lange. Es ist unbegreiflich, daß die Tätigkeit dieses Herrn, der aus der Jury entlassen wurde, keine Kontrolle erfahren hat. Für die neuen Herren des Vorstandes ergibt sich eine schwierige Situation.

Kursus für Einheitskurzschrift. Es ist beabsichtigt in Spangenberg einen Kursus für Einheitskurzschrift zu veranstalten. Bedingung für das Zustandekommen des Kursus ist jedoch, daß sich etwa 20 Personen daran beteiligen. Der Verein für Einheitskurzschrift wird die Leitung übernehmen. Letzte Meldedfrist 27. Januar in der Gartwirtschaft Val. Siebert.

Die Weiterlage. Ueber unserm Gebiet hat sich wieder höherer Luftdruck ausgebildet, in dessen Bereich die Frühe anhalten. Ein neues Fallgebiet, das von Westen herandrückt wird jedoch bald wieder zu südöstlichen Winden führen, unter deren Einfluß die Temperaturen ansteigen, zunächst jedoch noch unter dem Gefrierpunkt bleiben. Später ist auch wieder mit dem Auftreten von Niederschlägen zu rechnen.

Uberschüssig. Am Sonntag Abend veranstaltet der hiesige Mandolinklub „Frohinn“ einen Unterhaltungsabend. Schon des öfteren hat uns vorgenannter Klub durch seine guten Darbietungen erfreut. Auch diesmal stehen uns genuehrige Stunden bevor. Ein Besuch kann nur empfohlen werden.

Kathus. Ein unfeiliges Solzbad nahmen zwei hiesige Gemüder. Beide hatten in Sorge dem Alkohol zugesprochen und schien ihren Heimweg in Schlagenmarsch über die Solzkaue an. Doch der Steg über die Solz reichte in seiner Breite für die beiden nicht aus, und — er rechts, der andere links — patisch da lagen beide im Wasser. Mit Mühe und Not befreiten sie sich von dem unfeilwässrigen Solzbad. Voll Schnee und von Eisjacketen bedeckt, langten sie schließlich zu Hause an.

Bad Homburg v. d. S. Ein Familienvater von drei Mädchen meldete glückstrahlend dem Standesamt die Geburt des langersehnten Stammhalters an und ließ ihn auf den Namen Siegfried entragen. Am nächsten Tage kam er schmerzgequält wieder auf das Standesamt und teilte mit, daß sich die Gebarme verlesen habe. Seine Frau habe das Kind selbst einmal trocken gelegt und dabei gesehen, daß es kein Junge, sondern ein Mädchen sei. Welchen Namen das Mädchen erhalten hat, hat man nicht erfahren. Vielleicht Sieglinde?

Die Arbeitslosigkeit und ihre Gründe!

Der Arbeitslosenzustand führt 1 1/2 Millionen Arbeitslose in seinen Registen. Angesichts dieser Zahl, der Arbeitslosigkeit aller beteiligten Instanzen — Regierung, Arbeitgeber und Arbeitnehmer — möchte man Zweifel hegen an Wiederaufbau unseres Vaterlandes. Mit der Bewilligung von Arbeitslosenunterstützung ist's nicht abgetan; wir müssen die Gründe dieser Arbeitslosigkeit und Geschäftslosigkeit suchen und wenn sie gefunden sind, die Wurzeln des Übels bekämpfen.

Angenommen; jeder der 1 1/2 Millionen Arbeitslosen verdiente täglich 4 R.-Mk.; das sind im Jahre mit 300 Arbeitstagen gerechnet 1800 Mill. Mark. Der Ausfall der deutschen Wirtschaft ist aber noch höher um den erzielten Handelsgewinn und um die ohne Gegenleistung den Arbeitslosen gezahlte Arbeitslosen-Unterstützung. Die Summe, die der deutschen Wirtschaft bei einem Arbeitslosenland von 1 1/2 Millionen verloren geht, ist mit 3 1/2 — 4 Milliarden Reichsmark nicht so hoch berechnet.

Es ist dem Arbeitslosen zu gönnen, daher — durch die Verhältnisse in bittere Not geraten — eine Unter- stützung bekommt und ist auch ganz klar, daß er von der Unter- stützung nicht leben und haushalten kann; es ist aber auch so selbstverständlich wie sonnenklar, daß die deutsche Wirtschaft eine derartige Belastung an Sozial- abgaben nicht lange mehr tragen kann und unter der dauernden Last zusammenbrechen muß.

Die Gründe unserer Arbeitslosigkeit beruhen auf verschiedenen Umständen der Wirtschaft.

1. Die Kartell- und Konzernbildung verhindert die freie Konkurrenz im Wettbewerb der Firmen unter sich, wirkt daher preistreibend und ruft Verminderung des Absatzes und des Verbrauchs hervor und fördert damit die Arbeitslosigkeit.

2. Die systematische Vernichtung des ehemals tau- sendten und verbrauchenden Mittelstandes zugunsten des internationalen Kapitals war ein Anflug. Wir haben

faktisch den Akt, auf dem wir saßen, selbst abgesetzt. Ein großer Teil des früheren Mittelstandes ist heute nicht nur nicht mehr lauffähig sondern selbst Almosenempfänger, zum Teil ist er selbst Arbeitsloser.

3 Die Gewerkschaften, Innungen und Verbände wirken durch die Festlegung von Tarifen und Richtpreisen sowohl preistreibend wie die Konkurrenz unterbindend und daher die Arbeitslosigkeit fördernd.

Gewiß ist jedem Veruz die Existenzmöglichkeit zu gönnen und es soll ihm auch erlaubt sein: Mittel und Wege zu suchen, die seine Lage verbessern. Ob wir aber, obwohl wir wissen, warum wir mit der Industrie des Auslandes nicht mehr konkurrieren können dennoch an unserer Organisation, die nur zum gegenseitigen inner- deutschen Kampfe geschaffen und schließlich auch berichtigt ist, noch festhalten wollen oder besser gesagt können, das ist mir aber eine so wichtige Frage in unserer trostlosen Zeit, die längst zu erörtern gewesen wäre.

In einem Lande wie Deutschland, in dem eine Teuerung herrscht, die sich bei allen Waren und Mate- rialien etwa um 50 v. H. über den Verhältnissen von 1913/14 bewegen, eine nie gekannte Geschäftslosigkeit besteht, und in dem Arbeiter in ungläubigen Massen arbeitslos herumlaufen, da ist irgendwo etwas nicht in Ordnung. Das Natürliche ist doch, wenn jemand nichts zu tun hat, so drängt er sich an andere Beschäftigung, er wird Konkurrent eines anderen Berufes und wirt lohnnd lüdernd und preisverbilligend. So glaube ich wenigstens, ist es im Allgemeinen; nur in dem höhent- wendigen Kulturstaate Deutschland ist es anders. Da wird alles, auch das was wir aus deutschem Material selbst und ohne ausländische Hilfsprodukte oder Rohstoffe herstellen, bei zunehmender Arbeitslosigkeit teurer.

Alles Organisieren, Konferieren und Verhandeln ist wecklos, wenn es nicht gelingt, allen Volksgenossen Arbeit und damit Unterhalt zu verschaffen. Mit einem Arbeitslosenheer von 1 1/2 Millionen und dieser äußerst trüben Zukunft scheint der Wiederaufbau mehr denn fraglich. Darüber können wir uns klar und einig sein, daß wir aus dem gegenwärtigen Elend nur durch un- sere Hände Arbeit und alten Widerständen trotzend her- auskommen können.

Aus Stadt und Land.

Städtische Autosteuer in Berlin? Seit neuester Zeit trägt sich die Stadt Berlin mit dem Gedanken, eine Sondersteuer für Automobile einzuführen. Infolge einmütigen Widerstandes gegen diesen Plan hat man die Vorlage aber vorläufig wieder zurückgestellt. Trotz alledem ist damit der Plan nicht endgültig aufgegeben. Die Sonderbesteuerung droht nach wie vor allen Besitzern von Personen- und Lastwagen und besonders auch der Autos-Gesellschaft. Dieses für Berlin so wichtige Verkehrsmittel ist zwar bei der Erhöhung der allgemeinen Steuer glimpflich davongekommen, würde aber bei Einführung der Sondersteuer nicht nur die bis- herigen Vorteile einbüßen, sondern darüber hinaus das Mehrfache der bisherigen Steuerzahlungen müssen. Die Folge wäre zweifellos eine neue Tarifserhöhung.

Zwei Brillantenjüweler verhaftet. Von der Berliner Kriminalpolizei wurden bereits seit längerem zwei gefährliche Brillantenjüweler gesucht, die nicht weniger als für 100 000 Mark Juwelen an sich gebracht hatten. Beide Betrüger sind jetzt ergriffen worden und zwar der eine in Mühlhausen (Elsaß) und der andere in Brüssel. Der letztere Gauner war noch im Besitz von 25 000 Fund Sterling, über deren Her- kunft er sich nicht ausweisen konnte. Es handelt sich um zwei in den Kreisen der internationalen Edelstein- händler äußerst gefürchtete Nymen.

Reichstag und Rheinland.

Abürzung der Besatzungsstrafen. — Herabminderung der Besatzungskräfte.

— Berlin, den 23. Januar 1926.

Im Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete machte der Generalkommissar Schmidt ausführliche Mitteilungen über die Besatzungskräfte und die Garnisonbelegung.

An der Räumung der Kölner Zone zu Anfang Februar sei nicht zu zweifeln. Die Belegung der zweiten und dritten Zone habe vor Locarno 86 000 Mann betragen; sie betrage jetzt 81 500 Mann. Diese geringe Verminderung entspreche nicht der Zusage der Vorkonferenz, die Be- satzung auf normale Ziffern herabzusetzen.

Diese habe 1914 alles in allem 50 000 Mann betragen. Zu diesen Punkte sehe Deutschland die ihm gemachten Ver- sprechungen als nicht erfüllt an, und ebenso als nicht er- füllt müsse die Zusage bezüglich der Verminderung der Gar- nisonorte angesehen werden.

Ein Vertreter des Auswärtigen Amtes teilte mit, daß die französische Regierung den deutschen Standpunkt anerkannt habe, unter „normaler Stärke“ der Besatzung sei die deutsche Vorkriegsstärke der Truppenbelegung des betroffenen Gebietes zu verstehen.

An der Versprache kam die große Enttäuschung der besetzten Gebiete über das geringe Ausmaß der Räumung zu Tage. Allgemein wurde der Wunsch ausgesprochen, daß die versprochenen Erleichterungen rascher fortgesetzt werden.

Einstimmige Annahme fand zum Schluß ein Antrag Weidners (D. Vp.), der die Regierung ersucht, mit allem Nachdruck und unter Verwendung aller Mittel darauf hinzuwirken, daß die Besatzung des Rheinlandes und die Abkürzung des Saargebietes vor Ablauf der

Auch ohne Fleisch schmackhafte Gemüse



zubereiten, ermöglicht Maggi's Würze. Vorteilhaftester Bezug in großen Original- Packungen zu RM. 6.50.

Abholung auf nearesten Plombenverschlus

Prüfung befreit und die Gehaltsrechte des Zente-
laas Reiches in diesen Gebieten wiederhergestellt werden.
So lange dieses Ziel nicht erreicht ist, soll die Stärke der
Besatzung auf die deutsche Kriegstruppenstärke in den
besetzten Gebieten herabgemindert und die Zahl der be-
festigten Orte vermindert werden.

Die Marinementerei 1917.

Dittmanns Erklärungen vor dem Untersuchungsausschuss.

Berlin, 22. Januar.
In einer Denkschrift des Reichsmarinenausschusses war
feinertzt gegen den ehemaligen Führer der Unab-
hängigen Sozialdemokratischen Partei, Dittmann, und
andere Reichstagsabgeordnete der Vorwurf der
Mitgift an den Vorgängen erhoben worden, die zu
den Marinementereien von 1917 führten. Der par-
lamentarische Untersuchungsausschuss zur Erforschung
der Ursachen des Zusammenbruchs hatte daraufhin be-
schlossen, dem Abg. Dittmann Gelegenheit zur öffent-
lichen Erwidmung zu geben. Aus diesem Grunde hielt
der Ausschuss am Freitag nach langer Zeit im Reichs-
tag wieder eine Sitzung ab, in der der Abg. Ditt-
mann in dreifündiger Rede zunächst eine aktenmäßige
Darstellung der Schiffsunruhen von 1917 zu geben
suchte. Dabei stellte er aus den Akten des Reichs-
marinenausschusses fest, daß seit Kriegsausbruch bis Ende
1917 auf den Schiffen der Marine folgende Strafen
verhängt wurden: 180 Jahre und 5 Wochen Ge-
fängnis, 180 Jahre und ein Monat Zuchthaus
und zehn Todesurteile, von denen zwei voll-
streckt worden sind.

Die Ursachen der Schiffsunruhen.

Der Abgeordnete suchte dann die Entfesselung här-
terer Maßnahmen unter den Marinemannschaften vom
Winter 1916-17 an zu schildern.

Als Ursache der Erbitterung der Mannschaft be-
zeichnete er den großen Unterschied zwischen der
Vergütung der Mannschaft und der der Offiziere
auf den Schiffen im Winter 1916-17. Die schlechte Ver-
schaffenheit der Lebensmittel habe im Juni und Juli
1917 auf vielen Schiffen zum Hungertod der Mann-
schaft geführt. Die höheren Offiziere der Marine hät-
ten den Beschwerden der Mannschaften nicht das nötige
Verständnis entgegengebracht. Ohne eine ernsthafte Un-
terstützung haben die Marinebehörden alle Klagen als
vollständig unbegründet und auf politischer Verhet-
zung beruhend bezeichnet.

Als dann auf mehreren Schiffen die Mannschaften
demokratisch mehrere Stunden lang dem Dienst fern
blieben, habe man die Ursache dieser Anjubi-

nation Verhetzung durch die U. S. P. angeordnet. Die
mit der Untersuchung betrauten Kriegsgerichte Dr.
Dobringl und Dr. Doseck hätten behauptet, die
Grund eines Beschlusses des Reichstags eingeleitet.
Die Kommissionen seien tatsächlich Organisations-
kommissionen gewesen. Während die Marinemannschaften
den Menagekommissionen tatsächlich ihre Beschwerden
über ihre Verpflegung überbrachten und nur nebenher
über Politik diskutierten, hätten diese Kriegsgerichte
aus den Verpflegungen
eine politische Verhetzung juristisch konstruiert.

Tatsächlich sei damals bei den Mannschaften die
Sehnsucht nach einem Verständigungs- und
den und die Hoffnung auf die internationale sozial-
demokratische Konferenz in Stockholm sehr groß ge-
wesen. Es seien auch Unterschriften gesammelt worden für
eine Erklärung, in der der Wille für einen Verständi-
gungsfrieden, einen Frieden ohne Sieg und Nieder-
lage, der Stockholmer Konferenz unterbreitet werden
sollte. Keineswegs aber sei dabei an eine Sabotage
gedacht worden. Die Führer
der Landesverteidigung gehabt worden. Die Führer
der U. S. P. hätten von diesen Vätern gar keine Kennt-
nis gehabt. Sie seien zwar von einigen beurlaubten
Matrosen aufgeführt worden, die ihnen aber lediglich
Verhetzung über Verpflegung und Behandlung vor-
gebracht hätten. Auf der Grundlage der Aussagen
von Hochpfeifen sei dann die

Anklage wegen Kriegsverrats

gegen den Matrosen Reichpietsch und andere zu-
verlangt worden. In einem Verständigungs- und
Staatssekretär v. Capelle habe Geheimer Admiral-
itätsrat Dr. Felisch sofort erklärt, daß die Vorbe-
dingungen des Kriegsverrats nicht gegeben
seien. Als dann trotzdem gegen die Angeklag-
ten Todesurteile gefällt worden seien, habe Dr. Fe-
lisch nochmals erklärt, daß er diese Urteile nicht ver-
stehen könne, da doch ein Aufstand nicht vor-
liege. Auch andere Juristen hätten die gleiche Mei-
nung ausgesprochen.

Admiral von Scheer habe diese rechtlichen Beden-
ken gegen die Todesurteile ausdrücklich anerkannt, aber
dennoch die Todesurteile bestätigt, um ein Exempel
zu statuieren. Am 5. September seien Reichpietsch und
Sabis, beide Teilnehmer an der Seeschlacht am Lager-
rat, erschossen worden.

Dittmann bezeichnete diese Erschießung als einen
militärischen Willkürakt aus politischen Motiven, als
einen Akt des Terrors gegen die Friedensresolution
des Reichstags und gegen die U. S. P. Er bestritt im
übrigen nachdrücklich, daß die U. S. P. jemals Mit-
tereien veranlaßt oder gefördert habe. Sie habe die
Landesverteidigung nicht schwächen, sondern lediglich
einen Verständigungsfrieden ohne Sieg und Nieder-
lage herbeiführen wollen.

Schlufdienst.

Dr. Haslunde nimmt an.

Berlin, 23. Januar. Wie wir von par-
tischer Seite erfahren, hat Regierungsrat
Haslunde sich in seiner kürzlichen Ausrede
Reichsminister zur Hebernahme des Reichsmarinenausschusses
für Ernährung und Landwirtschaft bereit erklärt.

Der letzte Tote in Moabit geboren.

Berlin, 23. Januar. In Moabit ist
aus den Trümmern des Hauses Kirchstraße 9
einigen Tagen von einer folgenschweren Explosion
gestorben, der letzte Tote, die Leiche des
Händlers, in dessen Räumlichkeiten die Explosion
folgte, geboren worden.

Fünf Millionen für Kinderbespeisung.

Berlin, 23. Januar. Der Hausstaats-
des Reichstags nahm einen Antrag an, wonach
gehört wurde, daß aus den Ueberflüssen der
getreidefreie für Zwecke der Kinderbespeisung fünf
Millionen Reichsmark verwendet werden sind.

Der Reichsetat angenommen

350 Abstimmungen.

Berlin, den 22. Januar 1926

Der Reichsetat hat in seiner heutigen Sitzung den
halsig angenommen und in der Schlussabstimmung
den Reichshaushaltplan für 1926, der nur damit
verabschiedet ist.

Im Zusammenhang damit wurden nicht weniger
als 350 Abstimmungen vorgenommen, und
über Entschlüsse der Ausschüsse und der
gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Zentrum
und desentrums wurde eine Entschließung erlassen,
die die Aufhebung der Reichsfinanzgesetze verlangte.
fordert wurde weiter ein Verordnungsrecht für
Rechte, sowie ein Ausführungsgesetz zu Artikel 13
Reichsverfassung (Ausnahmegericht). Empfohlen wurde
Wiedereröffnung der Reichsversammlung und
die Festsetzung eines Volkstrauertages zum Ge-
nis der Gefallenen.

Eine Entschließung des Hauptausschusses auf
rührung eines Schutzgesetzes gegen den Alkoholismus
Einbeziehung eines brauchbaren Gemeindebestimmungs-
bezüglich der Zulassung neuer Gaststätten wurde an
Ausschuss zurückverwiesen.

Annahme fanden weiter der Antrag des
Ausschusses auf Herabminderung der Besatzungsstärke
Abheindand, sowie ein Antrag auf Einbringung eines
Schulgesetzes, das dem Willen der christlichen Eltern
Rechnung trägt.

Nach Erledigung von 330 Abstimmungen wurden
erfüllten 20 Abstimmungen auf Sonnabend veran-

Zerlegung der Sparkassensatzungen

Es wird beabsichtigt folgenden Nachtrag (III. Nachtrag
zu den Sparkassensatzungen zu erlassen.

Artikel I.

- Der erste Satz des § 13 erhält folgende Fassung:
„Die Sparkasse nimmt von jedermann Sparbeiträge
von 1, R.-M. ab an.“
- In § 14 Abs. 4 werden die Worte „10.— M.“
die Worte „1.— R.-M.“ ersetzt.
- Der 1. Abs. des § 15 erhält folgende Wortlaut:
„Die Sparkasse zahlt die zurückgeforderten Sparbeiträge
lagen in der Regel sofort aus. Eine Verpflichtung
hierzu besteht jedoch nur bei Rückforderung von
haben gegen tägliche Kündigung. Bei den Sparbeiträgen
haben gegen höhere Verzinsung kann die Sparkasse
gegen die Einhaltung der für diese vereinbarten
Kündigungsfristen verlangen!“
- In § 29 Abs. 3 werden die Worte „10000.—
durch die Worte „5000.— R.-M.“ ersetzt.

Artikel II.

Dieser Nachtrag tritt mit dem Tage der Ver-
kung in Kraft.

Der Entwurf wird hierdurch zur öffentlichen Re-
nis in der Stadtgemeinde gebracht. Jedem Bürger
es frei, innerhalb der nächsten 2 Wochen, vom Tage
der Veröffentlichung an gerechnet, bei uns Einwendungen
zu erheben.

Spangenberg, den 21. 1. 26.

Der Magistrat,
Schier.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, den 24. Januar 1926.

3. Sonntag nach Epiphanias.

Spangenberg.

Vormittags 10 Uhr: Kreispfarrer Schmitt. Erziehungsspre-

Nachmittags 1/2 Uhr: Pfarrer Schönewald.

Ebersdorf.

Nachmittags 1 Uhr: Kreispfarrer Schmitt.

Schnellrode.

Vormittags 10 Uhr: Pfarrer Schönewald.

Christliche Vereine.

Montag 8 Uhr: Mütterverein, Pfarrer Schönewald

Dienstag 8 Uhr: Jungfrauenverein, 1. Abt. im Stift, Frau

Schönewald 2. Abt. im Hospitium Frau

Mittwoch 8 Uhr: Frauenverein 3. Jahresversammlung im Hof

Donnerstag 8 Uhr: Christlicher Verein junger Männer, 3. Jah-

Freitag 8 Uhr: Wäckerchor Bruder Ho.ner.

Nußkohle und Brikett's

treffen ein. Bestellungen werden prompt ausgeführt.

Georg Meurer.

Mandolinclub „Frohinn“

Ebersdorf

Am Sonntag, den 23. ds. Mt.
findet in Ebersdorf im Saale des Gastwirt Sinning ein

Unterhaltungsabend

verbunden mit Theaterstücken, Couplets und
Musik-Vorträgen statt. Wozu freundlichst
einladet.

Der Vorstand.

Anfang 8 Uhr

Eintritt 50 Pfg.

Nachmittags 1/2 Uhr Kindervorstellung

Allgäuer

Stangenkäse

hervorragend schön

Georg Meurer.

Berichtigung eines Druckfehlers.

In meiner Bekanntmachung vom 14. 1. 1926
(Nr. 12 dieser Zeitung vom 21. 1.) muß es statt „20.
1. 26“ „22. 1. 26“ heißen.

Spangenberg, den 22. 1. 26

Der Jagdwortsteher,
Schier.

Rotkraut, Weißkraut

eingetroffen

Georg Meurer.

Achtung!

Achtung!

Am 31. Januar ds. Jahres findet im Saale
des Hotel Heinz ein

Mandolin-Konzert

verbunden mit Tanzst. Es ladet freundlichst
ein

Wander-Verein „Edelweis“
Schnellrode.

Anfang 3 Uhr Nachmittags

Kaufe

frische Landbutter

zum höchsten Tagespreis.

Georg Meurer.



Was ???

Sie kennen sie noch nicht,

Die Patent Erhaco-Sponge mit dem Drehsteckverschluss

Die einzige Spange ohne Reparatur

die Königin aller Spangen. Sie allein gibt jeder Feisur das voll-
dele Aussehen. Ausgerechnet mit 2 deutschen Reichspatenten
Patente in allen Kulturstaaten. Überall zu haben Wo nicht, gehen
Verkaufsstellen bekannt die alleinigen Erfinder und Fabrikanen

SANITARIA, Cassel-R., Fernruf 1767 u. 6649.

Inferieren bringt Gewinn!

Persil für Wollwäsche!

Waschen Sie Ihre farbigen Wollsachen
in einfacher kalter Lauge.
PERSIL sichert sorgsamste Säuberung.